



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

PLENARSITZUNG DES NATIONALRATES

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

Mittwoch, 11. Dezember 2019

XXVII. Gesetzgebungsperiode

Großer Redoutensaal

Stenographisches Protokoll

7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXVII. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 11. Dezember 2019

Dauer der Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2019: 22.07 – 22.31 Uhr

Inhalt

Nationalrat

<i>Schlussworte</i> des Präsidenten Mag. Wolfgang Sobotka	18
--	----

Personalien

Verhinderungen	3
----------------------	---

Geschäftsbehandlung

<i>Antrag</i> der Abgeordneten Mag. Wolfgang Gerstl, Dr. Alma Zadić, LL.M. , Kolleginnen und Kollegen, dem Budgetausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 111/A betreffend „ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird“, gemäß § 43 Abs. 1 GOG eine Frist bis 13. Dezember 2019 zu setzen	11
---	----

<i>Verlangen</i> der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA , Kolleginnen und Kollegen gemäß § 43 Abs. 3 GOG auf Durchführung einer kurzen Debatte im Sinne des § 57a Abs. 1 GOG	11
--	----

Redner/Rednerinnen:

Dr. Nikolaus Scherak, MA	12
---------------------------------------	----

August Wöginger	13
------------------------------	----

Mag. Jörg Leichtfried	14
------------------------------------	----

Mag. Dr. Martin Graf	15
-----------------------------------	----

Mag. Werner Kogler	15
---------------------------------	----

Mag. Beate Meini-Reisinger, MES	17
--	----

Annahme des Fristsetzungsantrages	17
---	----

<i>Antrag</i> der Abgeordneten Peter Haubner , Kolleginnen und Kollegen, dem Budgetausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 112/A betreffend „ein Bundesgesetz, mit dem eine vorläufige Vorsorge für das Finanzjahr 2020 getroffen wird (Gesetzliches Budgetprovisorium 2020) und das Bundesfinanzrahmenge setz 2019 bis 2022 geändert wird“, gemäß § 43 Abs. 1 GOG eine Frist bis 13. Dezember 2019 zu setzen – Annahme	11, 17
--	--------

Ausschüsse

Zuweisungen	3
-------------------	---

Eingebracht wurden

Zurückgezogen wurde der Antrag der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz vom 6. Feber 1968 über elektrische Leitungsanlagen, die sich nicht auf zwei oder mehrere Bundesländer erstrecken (33/A) (Zu 33/A)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten **Dr. Stephanie Krisper**, Kolleginnen und Kollegen (8/AB zu 40/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten **Hannes Amesbauer, BA**, Kolleginnen und Kollegen (9/AB zu 48/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten **Sabine Schatz**, Kolleginnen und Kollegen (10/AB zu 10/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten **Dr. Stephanie Krisper**, Kolleginnen und Kollegen (11/AB zu 17/J)

Beginn der Sitzung: 22.07 Uhr

Vorsitzender: Präsident Mag. Wolfgang Sobotka.

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich darf hiermit die 7. Sitzung des Nationalrates eröffnen.

Als **verhindert** gemeldet sind die Abgeordneten Ing. Mag. Volker Reifenberger und MMMag. Dr. Axel Kassegger.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen darf ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung verweisen.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

A. Eingelangte Verhandlungsgegenstände:

1. Anfragebeantwortungen: 8/AB bis 11/AB

2. Antrag:

Zurückziehung: Zu 33/A

B. Zuweisungen in dieser Sitzung:

a) zur Vorberatung:

Ausschuss für Arbeit und Soziales:

Antrag 43/A(E) der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend faire Arbeitszeit

Antrag 44/A(E) der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend rasche Umsetzung eines Arbeitsmarktpaketes

Antrag 120/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Mehr Treffsicherheit bei Bildungskarenz

Antrag 137/A der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957 geändert wird

Antrag 138/A der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Urlaubsgesetz geändert wird

Antrag 139/A(E) der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend armutsvermeidende Mindestsicherung

Antrag 140/A der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über die Prinzipien der gesetzlichen Pensionsversicherung

Antrag 146/A(E) der Abgeordneten Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend finanzielle Anerkennung der häuslichen Pflege

Antrag 147/A(E) der Abgeordneten Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erhaltung des österreichischen Tabakmonopols und fairer Nichtraucherschutz für unsere heimische Gastronomie

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka

Antrag 148/A(E) der Abgeordneten Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Kostenersatz durch Gewalttäter im Gesundheitswesen

Antrag 150/A(E) der Abgeordneten Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einbeziehung der Insassen von Justizanstalten in die gesetzliche Krankenversicherung

Antrag 164/A(E) der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ausführungsgesetze zum Sozialhilfe-Grundsatzgesetz

Antrag 167/A der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 geändert wird

Budgetausschuss:

Antrag 111/A der Abgeordneten Mag. Wolfgang Gerstl, Dr. Alma Zadić, LLM, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird

Antrag 112/A der Abgeordneten Peter Haubner, Mag. Dr. Jakob Schwarz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem eine vorläufige Vorsorge für das Finanzjahr 2020 getroffen wird (Gesetzliches Budgetprovisorium 2020) und das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022 geändert wird

Antrag 124/A(E) der Abgeordneten Henrike Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen betreffend Finanzierung aus einer Hand für Gewaltschutzmaßnahmen

Antrag 132/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Bericht über Ausweitung und Anpassungsmöglichkeiten in der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge

Antrag 141/A(E) der Abgeordneten Dr. Reinhild Lopatka, Dr. Pamela Rendi-Wagner, MSc, Petra Steger, Mag. Eva Blimlinger, Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verurteilung von Antisemitismus und der BDS-Bewegung

Antrag 163/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz vom 6. Feber 1968 über elektrische Leitungsanlagen, die sich nicht auf zwei oder mehrere Bundesländer erstrecken geändert wird

Antrag 165/A(E) der Abgeordneten Hermann Weratschnig, MBA MSc, Christoph Zarits, Kolleginnen und Kollegen betreffend Evaluierung der A3 Verlängerung nach Klingenbach

Antrag 168/A(E) der Abgeordneten Klaus Köchl, Elisabeth Köstinger, Erwin Angerer, Dipl.-Ing. Olga Voglauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Opfer der schweren Unwetter in Kärnten aus dem Katastrophenfonds

Ausschuss für innere Angelegenheiten:

Antrag 121/A(E) der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend Unabhängigkeit der Rechtsberatung im Asylverfahren sicherstellen

Kulturausschuss:

Antrag 133/A(E) der Abgeordneten Mag. Thomas Drozda, Kolleginnen und Kollegen betreffend Freiwilliges Kulturjahr

Antrag 134/A(E) der Abgeordneten Katharina Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen betreffend mehr Mittel für eine faire Entlohnung von Kunstschaflenden

Antrag 135/A(E) der Abgeordneten Katharina Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen betreffend eine rasche Erarbeitung eines umfassenden UrheberInnenvertragsrechts

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka**Landesverteidigungsausschuss:**

Antrag 78/A(E) der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen betreffend Zeitnahe Einbindung des Parlaments in die Entscheidung über die Zukunft der österreichischen Luftraumüberwachung

Rechnungshofausschuss:

Bericht des Rechnungshofes betreffend Bundespensionskasse AG – Veranlagungsstrategien und Asset Management – Reihe BUND 2018/8 (III-1 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Verbund AG – Anteiltausch (Asset Swap 2013) – Reihe BUND 2018/13 (III-2 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Liegenschaftstransaktionen des BMLVS, der ASFINAG und des Stadtentwicklungsfonds Korneuburg; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2018/17 (III-3 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Struktur österreichischer Vertretungen innerhalb der EU; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2018/18 (III-4 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Truppenübungsplatz Allentsteig; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2018/19 (III-5 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH – Reihe BUND 2018/30 (III-6 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Wiener Staatsoper GmbH – Reihe BUND 2018/32 (III-7 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich – Reihe BUND 2018/34 (III-8 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Forschungsförderungsprogramm COMET – "Competence Centers for Excellent Technologies" – Reihe BUND 2018/38 (III-9 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Österreichische Kulturreforen – Reihe BUND 2018/44 (III-10 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Haushaltsergebnisse 2016 gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 – Gutachten – Reihe BUND 2018/45 (III-11 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend IT-Projekt ZEPTA – Reihe BUND 2018/54 (III-12 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Nationaler Aktionsplan Ernährung – Reihe BUND 2018/56 (III-13 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Psychiatrische Versorgung in Krankenanstalten in Kärnten und Tirol – Reihe BUND 2018/57 (III-14 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2016 – Reihe BUND 2018/61 (III-15 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Ausgewählte Steuerungsbereiche in der Krankenversicherung; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2018/64 (III-16 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Rolle des Bundes in der österreichischen Krankenanstaltenplanung; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2018/65 (III-17 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Einführung intelligenter Messgeräte (Smart Meter) – Reihe BUND 2019/1 (III-18 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Interne Revision und Kontrollversammlung bei den Sozialversicherungsträgern SVA und VAEB – Reihe BUND 2019/2 (III-19 d.B.)

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka

Bericht des Rechnungshofes betreffend COMET-Zentren; ACIB GmbH und Linz Center of Mechatronics GmbH – Reihe BUND 2019/3 (III-20 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Planung von baulicher Sicherheitsinfrastruktur im öffentlichen Raum in Wien – Reihe BUND 2019/5 (III-21 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Reform des Wehrdienstes – Reihe BUND 2019/6 (III-22 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend strafrechtliche Vermögensabschöpfung – Reihe BUND 2019/7 (III-23 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Versorgung psychisch Erkrankter durch die Sozialversicherung – Reihe BUND 2019/8 (III-24 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend psychosoziale Angebote in den Ländern Salzburg und Steiermark – Reihe BUND 2019/9 (III-25 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend ARE Austrian Real Estate GmbH (Konzern) – Reihe BUND 2019/10 (III-26 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend mittelfristige Haushaltsplanung der Länder Niederösterreich und Oberösterreich sowie der Stadt Wien – Reihe BUND 2019/11 (III-27 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Unterricht für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung – Reihe BUND 2019/12 (III-28 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend System der Bundessportförderung – Reihe BUND 2019/14 (III-29 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend KELAG Wärme GmbH; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/15 (III-30 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/16 (III-31 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Frontrunner-Förderaktion; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/17 (III-32 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Ausgewählte Stiftungen bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/18 (III-33 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Ökologisierung Fließgewässer, zweite Sanierungsperiode – Reihe BUND 2019/19 (III-34 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Nebenbeschäftigung der Universitätsprofessorinnen und -professoren – Reihe BUND 2019/20 (III-35 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Bundesschullandheim Radstadt – Reihe BUND 2019/21 (III-36 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Universitätsräte; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/22 (III-37 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfzuweisungen in den Ländern Niederösterreich und Steiermark; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/23 (III-38 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Instrumente zur finanziellen Steuerung der Krankenversicherung; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/24 (III-39 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Vollzug der Schubhaft mit Schwerpunkt Anhaltezentrum Vordernberg; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/25 (III-40 d.B.)

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka

Bericht des Rechnungshofes betreffend Flächennutzung im Bereich der Neuen Donau, der Donauinsel und des Donaukanals; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/26 (III-41 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Errichtung der S 10 – Mühlviertler Schnellstraße – Reihe BUND 2019/27 (III-42 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend System der Wettbewerbsbehörden außerhalb des Finanzmarkts – Reihe BUND 2019/28 (III-43 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsstrafen – Reihe BUND 2019/29 (III-44 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Bildungseinrichtungen der politischen Parteien – Reihe BUND 2019/30 (III-45 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Aufsicht über gemeinnützige Bauvereinigungen – Reihe BUND 2019/31 (III-46 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Europäischer Sozialfonds: Förderungen in Schulen und in der Erwachsenenbildung – Reihe BUND 2019/32 (III-47 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Internationaler Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten – Reihe BUND 2019/33 (III-48 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/34 (III-49 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Burgtheater GmbH; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/35 (III-50 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Brandschutz in der Wiener Hofburg; Follow-up-Überprüfung – Reihe BUND 2019/36 (III-51 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Zugang zur gewerblichen Berufsausübung – Reihe BUND 2019/37 (III-52 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Smart Minerals GmbH – Reihe BUND 2019/38 (III-53 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Postgebäude am Rochus – Reihe BUND 2019/39 (III-54 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Österreichische Nationalbibliothek – Reihe BUND 2019/40 (III-55 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Forschungs- und Wissenschaftskommunikation – Reihe BUND 2019/41 (III-56 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend AustriaTech – Gesellschaft des Bundes für technologiepolitische Maßnahmen GmbH – Reihe BUND 2019/42 (III-57 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Diabetes-Prävention und -Versorgung – Reihe BUND 2019/43 (III-58 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Arzneimittelbeschaffung für ausgewählte Krankenanstalten in Salzburg und Tirol – Reihe BUND 2019/44 (III-60 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Lobbying- und Interessenvertretungs-Register – Reihe BUND 2019/45 (III-65 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl – Reihe BUND 2019/46 (III-70 d.B.)

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka

Bericht des Rechnungshofes betreffend System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen – Reihe BUND 2019/47 (III-72 d.B.)

Bericht des Rechnungshofes betreffend Disziplinarwesen der Bundesbediensteten – Reihe BUND 2019/48 (III-73 d.B.)

b) zur Enderledigung im Sinne des § 28b GOG (vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung des Ausschusses):

Ausschuss für Arbeit und Soziales:

Bericht der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion in den Jahren 2017 und 2018 (III-68 d.B.)

Bericht des Anwalts für Gleichbehandlungsfragen für Menschen mit Behinderung über die Tätigkeit im Jahr 2018, vorgelegt von der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (III-69 d.B.)

Sozialbericht 2019 der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (III-77 d.B.)

Kulturausschuss:

Kunst- und Kulturbericht 2018 der Bundesregierung (III-59 d.B.)

Zuweisung von Verhandlungsgegenständen erst nach erfolgter Wahl der Fachaussüsse:

Antrag 113/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Sonja Hammerschmid, Kolleginnen und Kollegen betreffend Sicherstellung Finanzierung qualitätsvoller sexueller Bildung an Schulen

(Zuweisungsvorschlag: Unterrichtsausschuss)

Antrag 114/A(E) der Abgeordneten Eva Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend Weiterführung von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps mit Großbritannien nach dem Brexit

(Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Familie und Jugend)

Antrag 115/A(E) der Abgeordneten Petra Wimmer, Kolleginnen und Kollegen betreffend rasche Durchführung einer Kinderkosten-Erhebung

(Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Familie und Jugend)

Antrag 116/A(E) der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen betreffend Umsetzung "Aktionsplan Frauengesundheit"

(Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss)

Antrag 117/A(E) der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Echte Gewaltschutzmaßnahmen statt Rückschritte zu Lasten gewaltbetroffener Frauen und Kinder"

(Zuweisungsvorschlag: Gleichbehandlungsausschuss)

Antrag 118/A(E) der Abgeordneten Petra Bayr, MA MLS, Kolleginnen und Kollegen betreffend die österreichische Entwicklungszusammenarbeit

(Zuweisungsvorschlag: Außenpolitischer Ausschuss)

Antrag 119/A(E) der Abgeordneten Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen betreffend diskriminierungsfreie Blutspende

(Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss)

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka

Antrag 122/A(E) der Abgeordneten Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einstufung der gesamten Hisbollah als terroristische Organisation

(Zuweisungsvorschlag: Außenpolitischer Ausschuss)

Antrag 123/A(E) der Abgeordneten Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen betreffend entschlossenes Auftreten Österreichs gegen die Einschränkung von Pressefreiheit und Einschüchterung von Journalist_innen in Serbien und Montenegro

(Zuweisungsvorschlag: Außenpolitischer Ausschuss)

Antrag 128/A der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, mit dem die Tätigkeit der Klubs der wahlwerbenden Parteien im Nationalrat und im Bundesrat erleichtert wird (Klubfinanzierungsgesetz 1985 – KlubFG) geändert wird

(Zuweisungsvorschlag: Verfassungsausschuss)

Antrag 129/A der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Glücksspielgesetz geändert wird

(Zuweisungsvorschlag: Finanzausschuss)

Antrag 130/A(E) der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend Angleichung von Schutzzonen rund um VLT-Automatensalons an die landesgesetzlichen Regelungen

(Zuweisungsvorschlag: Finanzausschuss)

Antrag 131/A(E) der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schaffung eines Klimatransparenzgesetzes inklusive Klimabudget (THG-Budget)

(Zuweisungsvorschlag: Umweltausschuss)

Antrag 136/A(E) der Abgeordneten Mag. Thomas Drozda, Kolleginnen und Kollegen betreffend finanzielle Absicherung des nichtkommerziellen Rundfunks

(Zuweisungsvorschlag: Verfassungsausschuss)

Antrag 142/A(E) der Abgeordneten Eva Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend Weiterführung von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps mit Großbritannien nach dem Brexit

(Zuweisungsvorschlag: Wissenschaftsausschuss)

Antrag 143/A(E) der Abgeordneten Dr. Pamela Rendi-Wagner, MSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend eine gemeinsame Außenpolitik der EU für den Frieden

(Zuweisungsvorschlag: Außenpolitischer Ausschuss)

Antrag 144/A(E) der Abgeordneten Eva Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Kleine Direktwahl der Landes- und BundesschülerInnenvertretung"

(Zuweisungsvorschlag: Unterrichtsausschuss)

Antrag 145/A(E) der Abgeordneten Eva Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend Klima-, Natur- und Umweltschutz stärker im Schulunterricht verankern

(Zuweisungsvorschlag: Unterrichtsausschuss)

Antrag 149/A(E) der Abgeordneten MMMag. Dr. Axel Kassegger, Kolleginnen und Kollegen betreffend fristgerechte Vorlage der Außen- und Europapolitischen Berichte

Antrag 151/A(E) der Abgeordneten Eva Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend Lootboxen – Versteckte Gefahr und Suchtpotential in Computerspielen

(Zuweisungsvorschlag: Finanzausschuss)

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka

Antrag 152/A der Abgeordneten Petra Bayr, MA MLS, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1994 (UStG 1994) geändert wird

(Zuweisungsvorschlag: Finanzausschuss)

Antrag 153/A(E) der Abgeordneten Cornelia Ecker, Kolleginnen und Kollegen betreffend zeitgemäße Grundlagen für Energieinfrastrukturverfahren

(Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie)

Antrag 154/A(E) der Abgeordneten Erwin Angerer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ausnahme von der ALSAG-Beitragspflicht für anfallende Geschiebematerialien rund um Schutzbauten

(Zuweisungsvorschlag: Umweltausschuss)

Antrag 155/A(E) der Abgeordneten Erwin Angerer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ausnahmslose Befreiung von jeglichen Abgaben – insbesondere Altlastensanierungsbeitrag – bei Unwetter- oder Katastropheneignissen

(Zuweisungsvorschlag: Umweltausschuss)

Antrag 156/A der Abgeordneten Dietmar Keck, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Schutz der Tiere (Tierschutzgesetz – TSchG) geändert wird

(Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss)

Antrag 157/A der Abgeordneten Ing. Markus Vogl, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Sicherheitsanforderungen und weitere Anforderungen an Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände und kosmetische Mittel zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher (Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz – LMSVG) geändert wird

(Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss)

Antrag 158/A(E) der Abgeordneten Dietmar Keck, Kolleginnen und Kollegen betreffend eine Kastrationspflicht für alle Katzen, die mit freiem Zugang zur Natur gehalten werden ("Freigängerkatzen")

(Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss)

Antrag 159/A der Abgeordneten Ing. Markus Vogl, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Errichtung der Marktordnungsstelle "Agrarmarkt Austria" (AMA-Gesetz 1992), BGBl. Nr. 376/1992, geändert wird

(Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft)

Antrag 160/A(E) der Abgeordneten Cornelia Ecker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einleitung einer umfassenden "Bio-Wende" in der österreichischen Landwirtschaft

(Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft)

Antrag 161/A der Abgeordneten Christian Hafenecker, MA, Alois Stöger, diplômé, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967 geändert wird (38. KFG-Novelle)

(Zuweisungsvorschlag: Verkehrsausschuss)

Antrag 162/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Hauser, Kolleginnen und Kollegen betreffend bundesweite Registrierungspflicht für Home Sharing

(Zuweisungsvorschlag: Tourismusausschuss)

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka

Antrag 166/A(E) der Abgeordneten Mag. Selma Yildirim, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schaffung einer neuen Strafbestimmung zu "Upskirting" und dem Verbot Nacktfotos ohne das Wissen oder die Einwilligung der Betroffenen anzufertigen

(Zuweisungsvorschlag: Justizausschuss)

Antrag 169/A(E) der Abgeordneten Dietmar Keck, Kolleginnen und Kollegen betreffend einheitliche Regelungen für die Hundehaltung

(Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss)

Fristsetzungsanträge

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich darf mitteilen, dass die Abgeordneten Gerstl und Zadić beantragt haben, dem Budgetausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 111/A betreffend „ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird“, eine Frist bis zum 13. Dezember zu setzen.

Weiters haben die Abgeordneten Haubner und Schwarz beantragt, dem Budgetausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 112/A betreffend „ein Bundesgesetz, mit dem eine vorläufige Vorsorge für das Finanzjahr 2020 getroffen wird (Gesetzliches Budgetprovisorium 2020) und das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022 geändert wird“, eine Frist bis zum 13. Dezember zu setzen.

Die beiden Anträge werden im Anschluss an die Kurzdebatte zur Abstimmung gebracht.

Ferner liegt das von fünf Abgeordneten gemäß § 43 Abs. 3 der Geschäftsordnung gestellte Verlangen vor, eine kurze Debatte über den Fristsetzungsantrag betreffend den Antrag 111/A durchzuführen. (*Abg. Krainer: Das ist eine gute Idee!*)

Diese kurze Debatte wird sogleich stattfinden. Da es keine Rednerliste gibt, melden Sie sich bitte so zu Wort.

Kurze Debatte über einen Fristsetzungsantrag

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Wir gehen in die kurze Debatte über den Fristsetzungsantrag betreffend den Antrag 111/A ein.

Ich darf darauf aufmerksam machen, dass gemäß § 57a Abs. 1 der Geschäftsordnung kein Redner länger als 5 Minuten sprechen darf. Dem Erstredner – Ihnen, Herr Abgeordneter Scherak – kommt eine Redezeit von 10 Minuten zu. Stellungnahmen von Mitgliedern der Bundesregierung werden nicht erfolgen.

Das Wort erhält Herr Abgeordneter Scherak. – Bitte.

22.09

Abgeordneter Dr. Nikolaus Scherak, MA (NEOS): Ja, Sie werden alle merken: Es war eigentlich nicht geplant, jetzt noch eine Debatte durchzuführen, aber es besteht dafür eine dringende Notwendigkeit.

Es wurden von ÖVP und Grünen kurz vor Ende der letzten Sitzung Fristsetzungsanträge eingebracht, die sich insbesondere mit dem Bundesministeriengesetz beschäftigen sollen. Jetzt ist man das von der ÖVP gewohnt – insofern richten sich meine Ausführungen nicht an Sie, denn Sie haben das immer schon so gemacht –, was aber schon sehr faszinierend ist, ist die Vorgangsweise, die die Grünen hier an den Tag

Abgeordneter Dr. Nikolaus Scherak, MA

legen. Es sind Fristsetzungsanträge bis zum 13. Dezember eingebracht worden, also Anträge, die dem Budgetausschuss eine Frist bis zum 13. Dezember – das ist übermorgen – setzen sollen, innerhalb der über das Bundesministeriengesetz diskutiert werden soll.

Jetzt ist das einmal eine sogenannte Trägerrakete, in dem Antrag steht noch nichts drinnen, aber es ist dann wohl geplant, unter Umständen in einem Ausschuss darüber zu diskutieren, wie in Zukunft die Ministerienverteilung sein soll.

Nun ist das Problem, wenn der Ausschuss bis spätestens übermorgen tagen soll – das wage ich einmal zu behaupten, außer Kollege Haubner hat vor, den Budgetausschuss morgen einzuberufen, man weiß ja nie –, dass der Ausschuss nicht zustande kommen wird, und das bedeutet, dass wir überhaupt keine Debatte in einem Ausschuss über ein Bundesministeriengesetz haben werden, weil dann irgendwann einmal dieser Antrag hier ins Plenum hineingekommen ist und das Bundesministeriengesetz wahrscheinlich mit einem allumfassenden Abänderungsantrag geändert wird. (*Abg. Loacker: Parlamentarismus nennen das die Grünen!*)

Jetzt habe ich schon gesagt, das ist man von der ÖVP gewöhnt, das hat sie immer schon so gemacht, das hat sie auch gemeinsam mit der FPÖ in der letzten Regierung gemacht (*Abg. Martin Graf: So kurzfristig nicht!*), aber dass sich die Grünen, die einmal für Parlamentarismus gestanden sind, die einmal für Transparenz gestanden sind, für dieses unwürdige Schauspiel hergeben, sich jetzt hierherstellen und ohne irgendeine Diskussion ein Bundesministeriengesetz durchpeitschen wollen, ist zutiefst peinlich. (*Anhaltender Beifall bei NEOS und SPÖ sowie des Abg. Martin Graf. – Die Abgeordneten Ernst-Dziedzic und Maurer: Das ist falsch! Das stimmt nicht! – Abg. Nehammer: Lächerlich!*)

Frau Kollegin Maurer, ich sage Ihnen etwas: Wenn das irgendeine andere Regierung, eine präsumtive Regierung gemacht hätte, dann wären Sie hier heraußen gestanden und hätten groß und breit über Transparenz diskutiert. (*Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.*) Das ist genau das, was Sie hier versuchen, und ich halte das nicht nur für eine Zumutung dem Parlamentarismus gegenüber, sondern für den Abgesang der Grünen (*Ruf: Geh bitte!*) betreffend jegliche Fragen der Transparenz und jegliche Fragen des Parlamentarismus. (*Beifall bei NEOS und SPÖ sowie des Abg. Martin Graf.*)

22.11

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Wöginger. – Bitte.

22.11

Abgeordneter August Wöginger (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Scherak, diese Fleißübung ist unnötig. (*Abg. Meinl-Reisinger: Für jemanden, der das Parlament nicht achtet! – Zwischenruf des Abg. Matznetter.*) Sie ist deshalb unnötig, weil es üblich ist, dass diese sogenannten Trägerraketen eingebracht werden. (*Abg. Meinl-Reisinger: Das macht es nicht besser!*) Wenn im Herbst eine Wahl stattfindet und eine Regierungsbildung sozusagen im Anmarsch ist, dann ist es üblich, dass diese sogenannten Trägerraketen, nämlich eine Gesetzesvorlage für das Bundesministeriengesetz und auch für das gesetzliche Budgetprovisorium, eingebracht werden. Da können Sie in die letzten Legislaturperioden zurückschauen, das ist ein total üblicher Vorgang, den wir hier auch gemeinsam mit den Grünen begehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Zweiten: Erklären Sie mir einmal, warum wir diesen beiden Gesetzentwürfen keine Frist setzen sollten! Was wollen wir? – Sollte es zu einer Regierungsbildung zwischen uns und den Grünen kommen, dann ist es doch klar, dass auch die Ministerien

Abgeordneter August Wöginger

ihrer Arbeit so schnell wie möglich aufnehmen können sollen, und das können sie nur, wenn sie die gesetzliche Grundlage dafür auch im Bundesministeriengesetz haben. Deshalb bringen wir diesen Fristsetzungsantrag ein. (*Rufe und Gegenrufe zwischen den Abgeordneten Kogler und Krainer. – Zwischenruf des Abg. Scherak.*) – Herr Kollege Scherak, ich sage Ihnen -- (Zwischenrufe bei der SPÖ. – Abg. Matznetter: Zwei Tage!) – Na Sie müssen --

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Es wird durchs Zwischenrufen nicht besser, Sie können sich dann bitte alle melden, dann können wir ordnungsgemäß eine Debatte abführen!

Abgeordneter August Wöginger (fortsetzend): Kollege Matznetter, du hast es ja nötig, dass du dich da zu Wort meldest! (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Nehammer: Unglaublich!*) Denk zurück und kehr vor deiner Tür! Also wenn sich jemand an dieser Debatte nicht mit Kritik beteiligen sollte, dann ist es die SPÖ, denn wir haben Jahrzehntelang mit euch regiert und da haben wir genau das Gleiche getan, was wir jetzt tun. Also hört damit auf! (*Heiterkeit, Beifall und Bravoruf bei der ÖVP sowie Heiterkeit und Beifall bei den Grünen. – Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Herr Kollege Scherak, ich kann dir, weil du angesprochen hast, das in einem Ausschuss zu behandeln, eine Angst nehmen: Unser Angebot steht, aber wir haben auch die Usance in diesem Haus, dass alle fünf Fraktionen einem Termin die Zustimmung geben müssen. (*Zwischenruf des Abg. Scherak.*) Das landet jetzt im Budgetausschuss, wir stellen dort den Obmann. Unser Angebot steht, wenn ihr euch hier alle eignen könnt. (*Abg. Krainer: Morgen!*) Das ist ja manchmal ein Obertheater – das muss man auch einmal sagen, dass das manchmal ein Obertheater ist –, bis wir irgendwann einen Ausschusstermin zusammenbringen. (*Zwischenrufe der Abgeordneten Kucharciks und Vogl.*) Wenn ihr nicht irgendwo in der ganzen Welt herumfliegt, dann können wir einen Ausschuss machen, dann können wir das dort auch beraten. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf der Abg. Heinisch-Hosek.*) Es ist deshalb nicht angebracht, hier eine derartige Diskussion vom Zaun zu brechen, weil es – ich betone es noch einmal – ein üblicher Vorgang ist.

Wir sind es auch den Österreichern und den Österreichern schuldig, dass wir, wenn es zu einer Regierungsbildung kommt, rasch handeln und dass die Ministerien auch in die Lage versetzt werden, letzten Endes ihre Arbeit aufnehmen zu können. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Dafür stehen wir, dafür wurden wir gewählt und dafür verhandeln wir auch mit den Grünen, meine Damen und Herren. (*Zwischenrufe der Abgeordneten Holzleitner und Scherak.*) Den Ausschuss könnt ihr haben, aber ihr müsst euch auf einen Termin mit uns verständigen können, dann ist es kein Problem (*Abg. Scherak: Ist das jetzt ein Gnadenakt, dass ein Ausschuss ...?!*), dass wir dieses neue Bundesministeriengesetz, das es im Falle einer Regierungsbildung geben wird, auch ordentlich abarbeiten können.

Zu euch da hinten (*in Richtung SPÖ*) noch ein letzter Satz (*Zwischenrufe bei der SPÖ*): Das, was ihr da zum Teil aufführt, bei einer derartigen internen Performance, die ihr abgibt: Kehrt lieber vor der eigenen Tür, anstatt hier die Moralapostel zu spielen und uns ständig Dinge vorzuwerfen, die ihr nicht beweisen könnt! (*Zwischenrufe der Abgeordneten Heinisch-Hosek und Rendi-Wagner.*) – Das sage ich noch zur vorhergehenden Debatte. Das ist nicht nötig, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

22.15

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Ich verstehe die Emotionen (*in Richtung der Beifall spendenden Abgeordneten der ÖVP*); ich danke.

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Leichtfried. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Jörg Leichtfried

22.16

Abgeordneter Mag. Jörg Leichtfried (SPÖ): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Was für eine parlamentarische Farce erleben wir heute! Was für eine parlamentarische Farce! (*Beifall bei der SPÖ. – Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wir diskutieren heute über ein starkes Parlament, und was tut ihr hier? – Ihr versucht, dieses Parlament zu entmündigen und lächerlich zu machen. Das ist heute, an diesem Tag, die Performance der ÖVP und der Grünen – und nichts anderes. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. – Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. Nehammer: Schlechte Rede! Schlechte Rede!*)

Ein Antrag mit der sensationellsten Begründung aller Zeiten: Wir brauchen ein neues Ministeriengesetz, denn durch „den Entfall einer Ziffer ist im entsprechenden Abschnitt L eine Neureihung nötig“. – Gratuliere herzlichst! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ihr stellt mit dem, was ihr tut, noch Schwarz-Blau in den Schatten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Nichts anderes ist es! (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe des Abg. Sieber. – Ruf bei der ÖVP: Die Richtung stimmt!*)

Man hat den Braten ja riechen können: Serienvertagungen von Anträgen, nichts mit Ausschüssen, nein, wir brauchen nicht einmal einen Verfassungsausschuss! (*Präsident Sobotka gibt das Glockenzeichen.*) Und jetzt kommt ihr mit diesem Gesetz daher. (*Abg. Kogler: Das glaubt dir ja jetzt keiner mehr!*) – Wisst ihr, was ich euch sage? – Von der ÖVP war ja nichts Besseres zu erwarten, aber ich schaue zu den Grünen: Gebt ihr euch für dieses Schauspiel her? (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei den Grünen.*) Gebt ihr euch für dieses Schauspiel her? (*Abg. Stögmüller: Na geh!*) Was wird eure Basis dazu sagen, dass Parlamentarismus ab jetzt von Schwarz und Grün mit Füßen getreten wird? Was werden die dazu sagen? Das frage ich euch schon. (*Abg. Stögmüller: Jahrelang ...!*)

Ich frage euch: Was ist mit euch? Was ist mit euren Vorstellungen, euren Ideen? – Vorbei ist es. Der Geruch der Macht, die Sucht nach der Macht, das war jetzt wahrscheinlich zu viel für euch. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Stögmüller: Da sitzt die Macht!*)

Ich kann euch eines sagen: Vor zwei Jahren hat an diesem Pult jemand gesagt: Nehmt euch in Acht! (*Abg. Wöginger: Fürchtet euch nicht!*) – Genau, Gust, fürchtet euch nicht! (*Heiterkeit bei der ÖVP. – Abg. Kirchbaumer: Der Weg ist der richtige!*) Nehmt euch in Acht, ihr werdet mit dem türkisen Bräutigam oder mit der türkisen Braut wahrscheinlich zusammenkommen, aber ihr werdet mit der schwarzen Witwe aufwachen. Genau das wird geschehen! (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kogler: Könntets ... beim Vilacher Fasching auftreten! – Weitere Zwischenrufe bei Grünen und FPÖ.*)

22.19

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Graf. – Bitte. (*Ruf: Jetzt wird's weniger lustig!*)

22.19

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Weil wir ja davon ausgehen, dass wir nur Neues berichten: Es ist schon einiges neu bei dieser Vorgehensweise. Herr Kogler, vielleicht ist das, was Sie eingebracht haben, neu.

Es ist schon klar, dass man Geschäftsordnungen ausreizt, mein Gott, das ist so, in der Regel macht das eine Regierung. Das wirklich Neue ist, dass es große Debatten in Zuweisungssitzungen gibt. Das gibt es eigentlich ganz, ganz selten. Ich bin seit 1994 mit Unterbrechungen da, und das ist mir eigentlich relativ neu. Das ist vielleicht ein Verdienst der neuen Einigung.

Kollege Wöginger, das war eine tolle Rede, gefällt mir, dazu kann man klatschen (*Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und ÖVP*) – und auch zu den Grünen gesprochen –: Etwas

Abgeordneter Mag. Dr. Martin Graf

ist absolut neu. Sie haben es ja gesagt, in Richtung der Sozialisten: Wir haben das mit den Sozialisten in der Regierung über Jahrzehnte so gemacht. (*Beifall bei der FPÖ.*) Wissen Sie, was der Unterschied ist? – Sie regieren ja noch nicht einmal und machen es bereits. Das ist der große Unterschied. (*Die Abgeordneten Wöginger und Kurz: Nein!*) – Nein, nein, mit uns haben Sie das nicht gemacht. Als wir gemeinsam regiert haben, da haben wir es gemacht, Sie aber regieren noch nicht einmal mit den Grünen und machen das bereits, Sie reizen die Geschäftsordnung aus. (*Abg. Kogler: Das steht sogar in „Unzensuriert“! – Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sie haben den Leuten versprochen, dass Sie das nicht machen werden, und das ist das wahrlich Neue.

Also erstmalig mit den Grünen, und ganz neu: Man braucht nicht einmal in einer Regierung zu sitzen, schon sind die Grünen eingekauft. Der nächste Untersuchungsausschuss steht schon ante portas, das kann ich Ihnen sagen. (*Beifall bei der FPÖ.*)
22.21

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kogler. – Bitte. (*Ruf bei der FPÖ: Jetzt kommt die Erklärung!*)

22.21

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir hat man ja immer nachgesagt, dass ich manchmal irgendwie sehr seltsame Reden halte, bemüht witzig, aber ich glaube, an Kollegen Leichtfried werde ich jetzt nicht herankommen. (*Heiterkeit und Beifall bei Grünen und ÖVP.*)

Deshalb muss ich schon zum Glas greifen (*sich ein Glas Wasser einschenkend*), weil das ein bisschen zur Inszenierung dazugehört, denn wir haben Gewichtiges zu sagen. (*Heiterkeit bei der ÖVP. – Ruf bei der SPÖ: Bitte darum!*)

Erstens – jetzt ist es wirklich wichtig, gewichtig vielleicht auch –: Also ich weiß ja nicht, worüber – auch beim Kollegen Scherak nicht – sich hier so aufgeregt wird. Ich versteh es nicht, wir vertragen uns ja sonst immer alle so gut. Es waren genau die zwei Kollegen, mit denen wir uns beim U-Ausschuss nicht mehr gefunden haben, weil ihr auf einmal eine Pressekonferenz gemacht habt – aber wir sind da ja nicht so nachtragend. (*Ruf: Anscheinend schon! – Abg. Rendi-Wagner: Ah wirklich?!*) Wir werden da einen schönen Untersuchungsgegenstand finden, das ist ja vorher ausgeführt worden.

Ich komme jetzt wieder zum eigentlichen Thema zurück und bemühe die Geschäftsordnung dieses Hauses – immerhin ein Gesetz. Da geht es in § 44 um die Verhandlung der Ausschussberichte im Nationalrat, und in Absatz 3 geht es um die Fristsetzung. Darauf bezieht sich offenbar die Erregung, denn vor lauter Erregung habe ich gar nicht mehr gewusst, worum es geht, jedenfalls beim Zuhören, aber vielleicht bin ich ja von den Regierungsverhandlungen schon so verwirrt, wie Sie insinuieren. Man weiß es nicht. Man muss sich ja um die Grünen Sorgen machen, wie wir gehört haben; auch die FPÖ macht sich schon Sorgen um die Grünen. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der FPÖ. – Zwischenruf des Abg. Martin Graf.*) Also, ich weiß nicht, vielleicht schreibt ihr noch auf unzensuriert.at, dass man sich jetzt Sorgen um die Grünen machen muss.

Was ist aber die wirkliche Sorge? – Wenn ich das richtig interpretiere, was hier dargeboten wurde, verkleidet in einer Art Selbsterregungsfaschingsrede (*Zwischenrufe der Abgeordneten Meini-Reisinger und Scherak*), dann ist es doch so, dass es darum geht, dass der Ausschuss -- (*Zwischenruf des Abg. Scherak.*) – Ich meine Kollegen Leichtfried. (*Abg. Scherak: Ja eh!*) Es ist immer interessant, wer sich angesprochen fühlt. (*Heiterkeit und Beifall bei Grünen und ÖVP.*)

Es kann der Frömmste nicht zum Ernst zurückkommen, wenn ihr dauernd zwischenruft – also wir sollten die Geschäftsordnung ernst nehmen. (*Abg. Meini-Reisinger: Man sollte auch das Parlament ernst nehmen!*) Wenn jetzt die wirkliche Sorge war, dass es keinen Ausschuss geben kann, weil jetzt diese Fristsetzung mit dem 13. De-

Abgeordneter Mag. Werner Kogler

zember kommt, wenn ich jetzt richtig informiert bin, dann kann eigentlich Abhilfe geschaffen werden. Wir können alle wieder ganz beruhigt nach Hause gehen, falls diese Erregung ernst war, denn es ist nicht gesund, wenn man so heimgeht.

Wir können dann nämlich Anleihe nehmen und die Fußnote 4 der Kommentierung heranziehen, wo steht – das ist da auf Seite 239, wer mitblättern will –: „Der Ablauf der Frist schließt eine Fortsetzung der Ausschußverhandlungen bis zum Zeitpunkt des Beginns der Sitzung des NR“ – Nationalrates – „nicht aus.“ – Das werden wir ja wohl noch zusammenbringen.

Ich habe jetzt Kollegen Wöginger nicht so verstanden und andere auch nicht; auf uns könnt ihr euch verlassen – falls die Sorge ist, dass man sich auf uns nicht verlassen kann –, dass wir diesen Ausschuss halt haben, wenn wir ihn wollen. (Abg. **Meinl-Reisinger**: Nett! – Abg. **Scherak**: Du musst einmal fortsetzen! Du musst einmal anfangen im Ausschuss!) Diese Fristsetzung hat den Sinn, dass die Sache einmal aufgeleist ist, damit man beim Arbeiten nicht in Verzug kommt. Es sind ja die gleichen Leute, die uns zurufen, dass diese Regierungsverhandlungen – ich hatte das so vernommen, manchmal lese ich das schon in der APA oder auch im „Standard“ – dazu führen, dass Verbrechen stattfinden oder sonst irgendetwas. Also irgendetwas muss euch recht sein! (Beifall bei Grünen und ÖVP.)

Es hat alles seine Richtigkeit und seine Logik. Wir halten vielleicht mehr aus, als geglaubt wird, wenn uns jetzt dies alles zugeschrieben wird. Wir werden ja dann in der Praxis erkennen, wie viel Parlamentarismus, wie viel Transparenz und sonst etwas da ist – vielleicht in den Materiengesetzen, wenn dann ein Transparenzparket vorgelegt wird, welches wir ja gern mit den Fraktionen weiterverhandeln würden. Wir bemühen uns halt jetzt. Wenn wir zwei uns einig sind, ist zumindest schon einmal eine Mehrheit gegeben, was ja in dem von Ihnen apostrophierten Parlamentarismus nicht so schlecht ist, denn da käme ja ein Beschluss heraus. (Beifall bei den Grünen sowie Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Wir waren ja bis jetzt in der Verlegenheit, das so nicht zu haben. Ja, es stimmt schon, es fühlt sich anders an, okay. Wir werden nicht davonlaufen, das haben wir ja im Wahlkampf gesagt. Wir machen einen Schritt – jetzt machen wir ihn halt. Wir versuchen, Schritte aufeinander zu zu machen. Wenn wir etwas Gescheites zusammenbringen, wird es allen recht sein müssen. Wenn es schlecht ist, werdet ihr es kritisieren. So ist die Aufteilung. Es ist ja noch nicht einmal sicher, ob nicht ihr (in Richtung SPÖ) euch in der Regierung wiederfindet – oder wir. Nicht einmal das ist sicher.

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Den Schlusssatz bitte!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (fortsetzend): Ich sage nur den Schlusssatz: Es wurde hier die persönliche Einladung zum Villacher Fasching verteilt. Ich glaube, die haben alle Abgeordneten aufs Bankerl bekommen. Möglicherweise hat Kollege Leichtfried geglaubt, er muss hier schon eine Trainingsübung machen, weil er dort eine aktive Rolle einnehmen soll. (Heiterkeit und anhaltender Beifall bei Grünen und ÖVP.)
22.27

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gelangt Abgeordnete Klubobfrau Meinl-Reisinger. – Bitte.

22.27

Abgeordnete Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES (NEOS): Da wird eine Wuchtel nach der anderen geschoben, da klatschen die Claqueure, die Fangruppen, möchte ich gerade sagen, der jeweiligen Rednerinnen und Redner, und ich frage mich: Wo sind die Fangruppen des Parlamentarismus? – Bei den Grünen jedenfalls nicht mehr! (Beifall bei den NEOS und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Abgeordnete Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES

Jetzt werde ich Ihnen etwas sagen, Herr Kogler, weil Sie hier so launig zum Besten gegeben haben, wie sehr Sie hier in puncto Transparenz mit allen Fraktionen arbeiten wollen: Wir haben ganz konkrete Vorschläge zum Thema Parteienfinanzierung gemacht – mehr Transparenz und Kontrolle. (*Abg. Nehammer: Keine Fans! – Abg. Kogler: Ja eh!*) Erst als wir uns darüber aufgeregt haben, dass niemand, kein Klubobmann und keine Klubobfrau, kein Fachabgeordneter irgendeiner anderen Fraktion auf unser Gesprächsangebot – reden wir als selbstbewusstes Parlament darüber, was wir weiterbringen! – reagiert hat, haben die Grünen halt gnadenweise angerufen. Ebenso gnadenweise dürfte dann hier in dieser Frage ein Ausschuss stattfinden.

Herr Wöginger, ein Ausschuss ist kein Gnadenakt! (*Zwischenruf der Abg. Ernst-Dziecic.*) Das Parlament hat genau die Rolle, die die Verfassung vorsieht. Die einzige Begründung, die ich heute gehört habe – und das stimmt schon, das macht die Rede des Herrn Leichtfried ein bisschen zur Show –, ist: Weil es immer schon so war! Wir sind schon immer über das Parlament drübergefahren! – Danke, jetzt auch die Grünen. – Vielen Dank. (*Beifall bei den NEOS.*)

22.28

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort ist dazu niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Budgetausschusses, zur Berichterstattung - - (*Abg. Becher: Das ist falsch! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wir kommen nun zur **Abstimmung** über den Antrag, dem Budgetausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 111/A eine Frist bis zum 13. Dezember 2019 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Fristsetzungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. Das ist die **Mehrheit, angenommen**.

Abstimmung über einen Fristsetzungsantrag

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Haubner, Schwarz, Kolleginnen und Kollegen, dem Budgetausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 112/A eine Frist bis zum 13. Dezember 2019 zu setzen.

Wer dafür ist, den bitte ich wieder um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist ebenfalls die **Mehrheit**.

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Die **nächste** Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 22. Jänner 2020, 9 Uhr, in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Bevor ich diese Sitzung schließe, gebe ich noch bekannt, dass im Anschluss an diese Sitzung hier im Sitzungssaal des Nationalrates die angekündigten Konstituierungen und Wahlen von Ausschüssen stattfinden werden.

Da es sich hierbei um nicht-öffentliche Sitzungen handelt, darf ich die Besucherinnen und Besucher und die Medienvertreter um das Verlassen des Saals ersuchen.

Schlussansprache des Präsidenten

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Das ist die letzte Sitzung heuer, ich darf mich daher ganz herzlich bei Ihnen für die Arbeit in diesem Jahr bedanken. Es war ein Jahr

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka

voller Turbulenzen, aber es hat gezeigt, dass wir, egal in welcher Phase, auf der Basis der Verfassung und des Rechtsstaates eine Kontinuität wahren konnten, die auch dem österreichischen Rechtsstaat und der Demokratie ein gutes Zeugnis ausgestellt hat.

Ich darf mich noch einmal bei allen Fraktionsobeleuten bedanken, bei meinen PräsidentenkollegInnen, Präsidentin Bures und Präsident Hofer, für die kollegiale Arbeit in der Präsidiale, bei allen unseren Mitarbeitern, die in den Ausschüssen wahrlich oftmals keine leichte Arbeit zu erledigen hatten – ein herzliches Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ihnen allen wünsche ich etwas Ruhe und Besinnung, Kraft und Stärkung für das neue Jahr. (*Allgemeiner Beifall.*)

Die Sitzung ist **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr

